

14.01.2002

Antrag

der Fraktion der CDU

Nordrhein-Westfalen braucht eine große Schulreform

Der Landtag beschließt die folgende Konzeption einer großen Schulreform.

1. Die Gliederung des Schulwesens

Das Schulwesen muss klar gegliedert sein, um die differenzierte Förderung unterschiedlich begabter Kinder und Jugendlicher zu gewährleisten. Die klare Gliederung gehörte zu den Stärken des Schulsystems in Deutschland. Sie muss auch in Zukunft wieder zu seinen Stärken gehören.

An die Grundschule, die von allen Kindern vier Jahre besucht wird, schließen die Aufbauschule, die aus der bisherigen Haupt- und der bisherigen Gesamtschule neu gebildet wird, die Realschule und das Gymnasium an. Am Gymnasium soll nach acht Jahren das Abitur erworben werden, an der Realschule nach sechs Jahren die Fachoberschulreife, an der Aufbauschule nach fünf Jahren die Berufsbildungsreife oder nach sechs Jahren die Fachoberschulreife. – Abgesehen von pädagogischen Notwendigkeiten ist klar, dass unter den zukünftigen Bedingungen dramatisch zurückgehender Schülerzahlen ein viergliedriges Schulsystem nicht aufrechtzuerhalten ist.

Die begabungsgerechte Gliederung des Schulwesens muss sich in einer schulformbezogenen Lehrerausbildung widerspiegeln.

Die Durchlässigkeit der Schularten muss gewährleistet sein und verbessert werden. Der Wechsel in eine andere Schulform muss möglich sein, wenn entsprechende Begabungen erst nach Abschluss der Grundschule aufbrechen oder kenntlich werden, oder wenn sozial, familiär oder anders bedingte Lernhemmnisse kompensiert werden.

Datum des Originals: 14.01.2002/Ausgegeben: 14.01.2002

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

Allerdings müssen die Anforderungs-, Lern- und Leistungsprofile der weiterführenden Schulen von Beginn an, also ab Klasse 5, eine schulformtypische Ausprägung haben. Die Forderung der Durchlässigkeit darf nicht weiterhin zu einer Nivellierung dieser Profile vor allem in den Klassen 5 und 6 führen. Über den für die einzelne Schülerin oder den einzelnen Schüler geeigneten weiteren Bildungsgang müssen die Grundschuljahre hinreichend verlässlich Aufschluss geben und nicht erst die zur Erprobungsstufe zusammengefassten folgenden beiden Klassen an den weiterführenden Schulen. Die heutige Praxis einer zweijährigen Erprobungsstufe ist nicht zukunftsweisend. Sie führt zu vermeidbaren und folgenreichen Über- und Unterforderungen von Kindern in einem Alter, das sich durch eine besonders ausgeprägte Lernwilligkeit und -fähigkeit auszeichnet. Sie ist insofern für viele Kinder eine pädagogisch verlorene Zeit.

Wahr ist, dass das unterschiedliche Niveau der Grundschulbildung einerseits und die Unterschiedlichkeit - auch sozial bedingter - Lernvoraussetzungen andererseits zu einer Verlängerung der Orientierungsphase über die Grundschule hinaus in die weiterführenden Schulen hinein geführt haben. Diese Verlängerung ist jedoch nicht das richtige Rezept für eine verlässliche Eignungsfeststellung. Das richtige Rezept ist vielmehr eine massive Stärkung der Grundschule, so dass die Verlängerung unnötig wird. Die Erprobungsstufe soll auf ein Jahr (Klasse 5) reduziert werden.

An die Stelle der Empfehlungen, die in Nordrhein-Westfalen zum Abschluss der Grundschule ausgesprochen werden, muss ein Grundschulgutachten treten. Es muss für den Zugang zu den weiterführenden Schulen grundsätzlich verbindlich werden.

2. Schulprofile

Im Zentrum der bildungspolitischen Diskussion stehen die Grundschule, die Hauptschule, die Gesamtschule und das Gymnasium. Das Profil und die Leistungsfähigkeit der Realschule sind unumstritten, und dies zu Recht. Die berufsbildenden Schulen erhalten vergleichsweise wenig öffentliche Aufmerksamkeit. Dies wird ihren gegenwärtigen Problemen, vor allem dem dramatischen Lehrermangel, ebensowenig gerecht wie ihren zukünftigen Aufgaben im Rahmen der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens.

Die Grundschule ist vor allem dort in die Diskussion geraten, wo ihre Leistungsfähigkeit massiv beeinträchtigt wird durch extrem unterschiedliche Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler. Dies ist meist bedingt durch einen vielerorts hohen Anteil von Ausländer- oder Spätaussiedlerkindern, die nicht hinreichend Deutsch sprechen.

Die Hauptschule steht in der Diskussion, weil sie in vielen Regionen - am wenigsten betroffen sind die ländlichen Regionen - zur „Restschule“ geworden ist. Dieser Status ist im Interesse der Kinder und Jugendlichen nicht tolerierbar. Die Reformbedürftigkeit der Hauptschule mit dem Ziel einer nachhaltigen Stärkung dieses Bildungsganges steht außer Frage.

Die Gesamtschule hat die Bildungs- und Erziehungsziele, die mit ihrer Gründung als einer angeblich zukunftsweisenden Alternative zum gegliederten Schulwesen verfolgt wurden, nicht erreicht. Trotz eines überdurchschnittlichen Ressourcenverbrauchs

fördert sie die Schülerinnen und Schüler - lernschwache und lernstarke - in der Regel nachweislich schlechter als die anderen weiterführenden Schularten. Die Gesamtschulstandorte stehen nicht zur Disposition. Allerdings müssen um der Kinder willen pädagogische und organisatorische Konsequenzen aus den Defiziten der Gesamtschule gezogen werden.

Das Gymnasium steht in der Diskussion, weil es in seiner gegenwärtigen Verfassung die an es gerichteten Qualitätserwartungen zu oft nicht mehr erfüllt. Das Profil des Gymnasiums muss deutlich gestärkt werden. Dabei sind nicht weniger Abiturienten das Ziel, sondern mehr und besser ausgebildete Abiturienten, deren Studierfähigkeit nicht mehr in Frage steht.

a) Grundschule

Die vierjährige Grundschule ist das Fundament und die gemeinsame Grundstufe des gesamten Schulwesens. Sie ist in vielen Hinsichten entscheidend für den weiteren Bildungsweg der Kinder und Jugendlichen. Die Bildungs- und Erziehungsprozesse der Grundschule knüpfen eng an die unterschiedlichen Erlebnis- und Erfahrungshorizonte der Kinder an. Kindgemäße Aufgabenstellungen, Anschaulichkeit, Lebensnähe und Handlungsbezug sowie vielfältige Formen des Lernens, Übens und Wiederholens sind Grundelemente eines entwicklungsgemäßen Unterrichts. In der Grundschule werden die Kinder mit den elementaren Kulturtechniken (Lesen, Schreiben, Rechnen) vertraut gemacht und mit allen weiteren Grundfertigkeiten, die für die verschiedenen weiterführenden Schulen Voraussetzung sind. - Da Kinder gerade in den ersten Schuljahren besonders wissbegierig und aufnahmefähig sind, soll bereits ab dem ersten Grundschuljahr eine kindgerechte Hinführung zum Englischen als erster Fremdsprache beginnen.

Am Ende der Grundschule wird ein Gutachten erstellt, das Grundlage für die weitere Schullaufbahn ist. Die entlassende Grundschule gibt ein für die Eltern grundsätzlich verbindliches Votum über die weiterführenden Schulformen ab, für die ihr Kind befähigt und geeignet ist. Wenn die Eltern nach Beratungen mit der abgebenden sowie der aufnehmenden Schule von diesem Gutachten abweichen wollen, so ist ein Aufnahmeverfahren wie z. B. eine Aufnahmeprüfung bzw. ein Probeunterricht durchzuführen.

Die Grundschulen müssen überall von einer so exzellenten und weitgehend einheitlichen Qualität sein, dass Eltern das häufig verlorene Vertrauen in die Schule und in die Aussagekraft und Angemessenheit des Grundschulgutachtens über die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder und über deren weitere Schuleignung zurückgewinnen. Um dies sicherzustellen, ist insbesondere die Entlastung der Grundschulen und ihrer Lehrerinnen und Lehrer von der Aufgabe, sprachliche Defizite insbesondere von Ausländer- und Spätaussiedlerkindern sowie Erziehungsfehler zu kompensieren, dringend erforderlich. Fehlende oder nicht ausreichende Sprachkenntnisse beeinträchtigen den Unterricht an vielen Grundschulen - und auch noch an Hauptschulen - in einer nicht zu verantwortenden Weise. Sie berauben häufig sowohl die Ausländer- und Spätaussiedlerkinder als auch ihre deutschsprachigen Mitschüler der Möglichkeit einer ihren Begabungen und Neigungen entsprechenden Schulbildung.

Eine Grundvoraussetzung für die Einschulung in die Grundschule muss deshalb die mündliche Beherrschung des Deutschen sein. In verpflichtenden Sprachkursen vor der Einschulung für Ausländerkinder oder Kinder von Spätaussiedlern muß diese Voraussetzung geschaffen werden. Die Sprachfähigkeit aller Kinder muss spätestens im vierten Lebensjahr geprüft werden, um Sprachdefizite rechtzeitig und kindgerecht in Vorlaufkursen beseitigen zu können. Fehlt eine hinreichende Kenntnis des Deutschen beim Einschulungstermin, sind die betroffenen Kinder in speziellen Förderklassen zu unterrichten.

b) Aufbauschule

Im Bewusstsein der Gesellschaft wird die Hauptschule in sehr ausgeprägter Weise als Problemschule wahrgenommen. Schlechtes Leistungsklima, mangelnde Arbeitshaltung und schwieriges Sozialverhalten von Schülern sowie eine schlechte Eröffnung von Berufs- und Lebensperspektiven werden vielerorts als Charakteristika der Hauptschule angesehen. Eltern und Kinder sind deshalb in der Regel bestrebt, die Hauptschule auch dann zu meiden, wenn das Risiko einer Überforderung der Kinder durch die Wahl einer anderen Schulform groß ist. Der Besuch der Hauptschule wird vielerorts nicht mehr wegen ihrer Qualität gewollt, sondern trotz des Images dieser Schulform als unvermeidlich in Kauf genommen. Das vielerorts schlechte Image der Hauptschule ist bei der Beibehaltung ihres gegenwärtigen Profils kaum zu korrigieren.

Wir brauchen eine neue Hauptschule. Denn wir brauchen die bestmögliche Ausbildung von „Profis für die Praxis“.

Die neue Schulform beerbt neben der alten Hauptschule in der Regel zugleich die Gesamtschule, die bisher schon von vielen Eltern der Hauptschule vorgezogen wurde. Beide, Haupt- und Gesamtschule, gehen in Zukunft ein in die neue Form der Aufbauschule. Diese Umwandlung erfolgt sukzessive. Die Schülerinnen und Schüler, die einen Bildungsgang begonnen haben, haben Anspruch darauf, diesen zu Ende zu führen. In einem eigenständigen pädagogischen Profil vereinigt die Aufbauschule die Vorteile beider Schulformen, ohne ihre Nachteile und ihr zum Teil schlechtes Image zu übernehmen. - Wegen der Verschiedenheit von Gesamtschulen besteht neben der Möglichkeit des Eingangs der Gesamtschule in die neue Aufbauschule, was die Regel sein wird, auch die Möglichkeit, Gesamtschulen als Realschulen oder als Gymnasien fortzuführen. Unterschiedliche Schulformen können organisatorisch zusammenarbeiten und auch in einem Gebäudekomplex/Schulzentrum angesiedelt werden. Die Eigenständigkeit der Schulformen bleibt unangetastet.

Die Aufbauschule ist die Schulart für Schülerinnen und Schüler, deren Begabungen und Interessen schwerpunktmäßig im konkreten, anschaulichen Denken und im praktischen Umgang mit Dingen und Menschen liegen. In einem eigenständigen und unverwechselbaren Bildungsgang wird ihnen eine Allgemeinbildung vermittelt, die sich an lebensnahen Lernsituationen, an konkreten Aufgabenstellungen und am praktischen Handeln orientiert. Die Aufbauschule stellt Anforderungen, denen die Schülerinnen und Schüler gewachsen sind und deren Bewältigung ihnen Erfolgserlebnisse vermittelt. Im Unterschied zur jetzigen Hauptschule, die vielerorts trotz bewundernswerten und unermüdlchen Engagements von Lehrerinnen und Lehrern Jugendliche ohne vernünftige Grund-

bildung in die Perspektivlosigkeit entläßt, lernen alle Kinder der Aufbauschule in einer ihren individuellen Lernvoraussetzungen und Begabungen entsprechenden Weise:

- verständiges Lesen und korrektes Sprechen und Schreiben,
- die Grundbeherrschung und ggf. erweiterte Beherrschung des Englischen,
- Rechnen und die Einordnung von Proportionen, Zeit und Raum,
- den Umgang mit dem Computer und die Nutzung der neuen Medien,
- die Beobachtung und Erkenntnis der Grundstrukturen und Formen von Gegenständen und Lebewesen und die Vertrautheit mit Techniken,
- die Kenntnis der wichtigsten Strukturen unserer Gesellschaft, vor allem auch ihrer kleinen Lebenskreise (Familie, Kommune, Vereine, Heimat) und Verständnis für die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats,
- den praktisch-sicheren und selbstbewussten Umgang mit alltäglichen Anforderungen der Lebensgestaltung im Geldverkehr, bei Rechtsfragen, in Mietsachen, bei Versicherungsfragen usw.
- Zum Kanon der Aufbauschule gehören weiterhin Sport, Kunst und musische Bildung sowie Religion.
- Von den anderen Schularten unterscheidet sich die Aufbauschule vor allem durch die zentrale Stellung des Unterrichtsbereiches Arbeit-Wirtschaft-Technik. Die Schülerinnen und Schüler werden darin frühzeitig mit theoretischen und praktischen Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt konfrontiert. Sie erhalten Orientierung in Berufsfeldern und entdecken ihre Neigungen und Fähigkeiten. Diese Neigungen und Fähigkeiten können im Rahmen einer hohen Binnendifferenzierung individuell gefördert und kultiviert werden.

Die genannten Lernziele erscheinen als Selbstverständlichkeiten. Das Problem liegt aber darin, dass sie leider vielerorts schon lange nicht mehr selbstverständlich erreicht werden.

Für den Erfolg der Aufbauschule kommt es entscheidend darauf an, dass wir aufhören, den Begabungsbegriff auf den der intellektuellen Begabung zu reduzieren und praktische Begabungen in unserem Schulsystem faktisch zu diskriminieren. Die Reduktion des Begabungsbegriffs auf den der theoretischen Begabung ist ungerecht und unsozial.

Die Aufbauschule gewährleistet durch eine hohe Binnendifferenzierung mit speziellen Förderangeboten und durch kleine Lerneinheiten zudem eine begabungsgerechte Vorbereitung auf die Fachoberschulreife, die an der Aufbauschule nach einem zusätzlichen zehnten Schuljahr erworben werden kann.

Die Aufbauschule muss vorrangig als Ganztagschule geführt werden, falls Eltern das wünschen.

Für den Bildungserfolg der Aufbauschule ist eine enge Zusammenarbeit mit den örtlichen oder regionalen Berufskollegs, Betrieben und Berufsberatern entscheidend. Diese formelle und informelle Kooperation trägt wesentlich zu den spezifischen Profilen bei, die jede Aufbauschule nach Maßgabe unterschiedlicher örtlicher und regionaler Gegebenheiten selbst entwickeln muß. Wichtig ist die individuelle Berufsvorbereitung, Förderung und Begleitung jeder Schülerin und jedes Schülers in konkreter Zusammenarbeit vor Ort.

Ebenso wichtig für den Erfolg der Aufbauschulen ist die konkrete Berücksichtigung der erzieherischen und sozialen Bedingungen vor Ort. Die Aufbauschulen - wie auch alle anderen Schulformen - kooperieren ständig und eng mit den örtlichen sozialen Diensten und den örtlichen Einrichtungen der Familien- und Jugendarbeit. Das erzieherische Profil der Aufbauschulen wird sich je nach den örtlichen und regionalen Gegebenheiten mehr oder weniger stark unterscheiden. Die Aufbauschulen erhalten für ihren besonderen Bildungsauftrag zusätzliches Personal.

c) Realschule

Die Realschule führt über die Vermittlung einer erweiterten Allgemeinbildung zur Fachoberschulreife. Kinder und Jugendliche mit einer praktischen Begabung sowie mit der Fähigkeit, theoretisch-abstrakte Zusammenhänge zu erfassen, besuchen die Realschule.

Die bisherige pädagogische und organisatorische Gestaltung der Realschule hat sich bewährt. In Nordrhein-Westfalen besuchen gut ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler die Realschule; die Tendenz steigt.

Die Realschule bereitet Schülerinnen und Schüler sowohl auf einen anschließenden Berufseinstieg vor wie auch auf den Besuch weiterführender Schulen bis zur allgemeinen Hochschulreife, die auf verschiedenen allgemein- oder berufsschulischen Wegen im Anschluß an die Fachoberschulreife erreicht werden kann.

Die Pflichtfächer werden ergänzt durch zusätzliche Angebote in den Bereichen Informationstechnologie, Wirtschaft, Verwaltung und Recht. Zur Berufsorientierung, die einen hohen Stellenwert in der Realschule hat, gehört das Absolvieren eines Betriebspraktikums. Durch vielfältige Differenzierungsmöglichkeiten wie z. B. das Lernen zusätzlicher Fremdsprachen wird jedem Schüler die Möglichkeit der Ausbildung individueller Fähigkeiten gegeben.

d) Gymnasium

Das Gymnasium führt über die Vermittlung einer breiten und vertieften Allgemeinbildung zur allgemeinen Hochschulreife. Das Gymnasium besuchen Kinder und Jugendliche mit Begabung und Neigung zur Erfassung theoretisch-abstrakter Zusammenhänge, mit hoher Lern- und Konzentrationsfähigkeit, Ausdauer und geistiger Belastbarkeit.

Das Gymnasium muß – genau wie die anderen Schulformen – mit der Tendenz brechen, das verfügbare Wissen möglichst umfassend bereits in der schulischen Erstausbildung präsent zu machen. Stattdessen muss es sich rückbesinnen auf die Humboldtsche Maxime, dass alle Fähigkeiten an einer möglichst geringen Zahl von Gegenständen zu bilden sind. Der Unterricht muss seinen Schwerpunkt stärker als bisher zusätzlich zur Inhalts- oder Wissensbezogenheit auf die Bildung der Verstehens- und Lernkompetenz verlagern. Anhand exemplarischer Stoffe aus den verschiedenen Bereichen der Allgemeinbildung, die eine fundierte Wissensbasis darstellen müssen, gilt es im Gymnasium eine exzellente Lernfähigkeit und eine exzellente Problemstellungs- und Problemlösungskompetenz zu bilden und zu kultivieren. Abiturienten müssen eine

fundierte Wissensbasis haben. Vor allem aber sollen sie ausgezeichnet in der Lage sein, neue Informationen produktiv zu verarbeiten, sie für ein tiefgreifendes Verständnis von Phänomenen zu nutzen, die Struktur komplexer Problemstellungen zu begreifen und kreative Lösungen von Problemen zu entwickeln. Vor allem darin liegt die wissenschaftliche Propädeutik, die sie für ein Studium fit macht. Nicht um die Menge des Stoffs geht es, sondern um die Durchdringung exemplarischen Stoffs.

Eine moderne Allgemeinbildung als Fundamentalbildung, die im Gymnasium vermittelt werden muß, umfasst folgende zentrale Elemente:

- Die ausgezeichnete Beherrschung der Muttersprache und die Reflexion ihrer Struktur
- Das Beherrschen von Englisch als Zweitsprache und mindestens einer weiteren Fremdsprache
- Eine vertiefte Kenntnis der Geschichte
- Eine vertiefte Kenntnis der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, technischen und ideengeschichtlichen Entwicklungen des eigenen Landes und anderer Kulturen
- Hohe mathematische Kompetenz und ein vertieftes fachliches und methodisches Basiswissen über Natur und Technik
- Die Schulung der ethischen, anthropologischen und religiösen Reflexion, künstlerische und musische Bildung sowie motorische Bildung des eigenen Körpers.

Im Rahmen des Fächerkanons der Gymnasien, der diese Elemente der Allgemeinbildung widerspiegeln muß, muß die Bildung von Schwerpunkten und Profilen möglich sein. Dies gilt sowohl für die Gymnasien selbst als auch für die Schülerinnen und Schüler innerhalb des Gymnasiums. Dabei werden sich bewährte Profilierungen auch in der Zukunft der selbstständigen Schule wieder etablieren. Es wird mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien oder gymnasiale Züge geben, humanistische Gymnasien und neusprachliche Gymnasien. Weitere und auch innovative Profilbildungen im Rahmen der schulischen Selbständigkeit - beispielsweise Profilbildungen in den Bereichen Wirtschaft, Technik, Kunst und Musik, Sport, Informatik u. a. - sind gewollt.

Die gymnasiale Oberstufe muss reformiert werden. Ein fachlicher Kernbereich, um den herum sich Wahl- oder Differenzierungsmöglichkeiten in unterschiedlicher Gewichtung gruppieren, muss in allen Oberstufen verbindlich sein. Dazu zählen die Fächer Deutsch und Mathematik, eine Fremdsprache, ein gesellschaftswissenschaftliches Fach sowie ein weiteres Fach, das sich nach dem jeweiligen Profil des Gymnasiums bzw. gymnasialen Zuges richtet. An mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasien oder Zügen ist es eine Naturwissenschaft, an sprachlich-humanistischen Gymnasien eine weitere Fremdsprache. Die drei Kernfächer aller gymnasialen Oberstufen sowie das vierte, profilspezifische Kernfach werden je vierstündig unterrichtet. Die bisherige Differenzierung in Grund- und Leistungskurse entfällt. Die Kernfächer werden im Abitur schriftlich geprüft. Pflichtfächer, die an allen gymnasialen Oberstufen durchgängig bis zum Abitur unterrichtet werden müssen, sind ferner eine Naturwissenschaft - im Falle des mathematisch-naturwissenschaftlichen Profils ist dies eine weitere Naturwissenschaft -, Geschichte, Sport, Religion oder Philosophie sowie ein künstlerisches Fach. Diese Pflichtfächer werden mindestens zweistündig unterrichtet. Höhere Gewichtungen

hängen vom individuellen Schwerpunkt sowie vom Profil des Gymnasiums oder gymnasialen Zuges ab.

e) Sonderschulen

Die sonderschulische Förderung muß als Gesamtsystem von der Elementarstufe bis zum nachschulischen Bereich weiter ausgestaltet werden. Die Sonderschulen im bisherigen System sind ein pädagogisch hoch spezialisierter und unentbehrlicher Teil des Schulwesens, der alle erforderliche Unterstützung bekommen muss.

Die Sonderschulen sind zu einer gezielten Förderung bei einer großen Vielfalt von Behinderungen in der Lage, maßgeblich bedingt durch eine spezielle Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie durch spezielle Ausstattungen der Schulen. Die Möglichkeit der gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen muss ein ausschlaggebendes Kriterium der Schulwahl bleiben. Das bedeutet, dass die wünschenswerte Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in die Regelschulen nur dann zu erwägen ist, wenn die personellen, sächlichen und finanziellen Voraussetzungen gegeben sind und sie nicht auf Kosten einer bestmöglichen Förderung dieser Kinder und Jugendlichen geschieht.

f) Berufliche Schulen

Die beruflichen Schulen sind ein vielgestaltiges und leistungsfähiges Schulsystem, das zur Zeit, vor allem im Rahmen des dualen Systems, allerdings in besonders dramatischer Weise unter Unterrichtsausfall und Lehrermangel leidet. Hinzu kommt, dass sich an den Berufskollegs Bildungsdefizite bemerkbar machen und mühsam ausgeglichen werden müssen, die in Zukunft bei einer leistungsstarken Aufbauschule nicht mehr zum Tragen kommen dürfen.

Die Berufsschule im engeren Sinne gliedert sich in die Bereiche der berufsvorbereitenden Grundbildung, der Berufsausbildung im Rahmen des dualen Systems und der berufsbegleitenden Grundbildung für Jugendliche ohne Berufsausbildungsverhältnis. Neben dieser Berufsschule im engeren Sinn gehören zum Berufsschulwesen die ein-, zwei- und dreijährige Berufsfachschule, die zwei- und dreijährige Höhere Berufsfachschule und die Fachoberschule. Weitere Bildungswege, die dem Berufsschulsektor zugeordnet sind führen bis zur allgemeinen Hochschulreife.

Der berufsbildende Sektor zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass er für die Vielzahl von Berufen qualifiziert, sondern auch dadurch, dass er zahlreiche verschiedene Möglichkeiten des Erwerbs aller allgemeinen Schulabschlüsse, von der Berufsbildungsreife bis hin zur allgemeinen Hochschulreife, eröffnet. Er ermöglicht einen Einstieg auf jeder Ebene und kann jeden Bildungsgang zu einer Abschlussreife weiterführen, z. B. von der Fachoberschulreife zur Fachhochschulreife, und dies vor, während oder nach einer Berufsausbildung. Die Besonderheit liegt darin, dass das Lernen hier immer mit einem individuell wählbaren beruflichen Schwerpunkt verbunden ist, wie z. B. Wirtschaft oder Metalltechnik. Namentlich für die Absolventen der neuen Aufbauschule bietet der Berufsschulsektor deshalb die idealen Wege zur allgemeinen Qualifizierung

bis zur Hochschulreife. Jedem stehen je nach Begabung und Neigung alle Wege offen: unabhängig davon, welche weiterführende Schulform er ursprünglich gewählt hat. Damit wird gewährleistet, daß die frühe Binnendifferenzierung der Schulformen nicht dazu führt, dass Bildungschancen verloren gehen.

Diese Möglichkeiten müssen Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern schon von der Grundschule an viel stärker ins Bewußtsein gebracht werden, als dies heute der Fall ist. Es genügt nicht, verschiedene Bildungswege institutionell vorzusehen. Sie müssen auch transparent und populär gemacht werden. Wenn berufliche Bildungswege mit ihrer Vielfalt und ihrer Praxisnähe individuellen Begabungen und Neigungen besonders gerecht werden, dann müssen sie frühzeitig in den Planungs- und Beratungshorizont gerückt werden. Daher ist ein Beratungssystem aufzubauen, in dem die berufsbildenden Schulen die Rolle von Navigatoren individueller Schullaufbahnen übernehmen.

Die zukünftigen Herausforderungen der beruflichen Bildung liegen zum einen in der beschleunigten Veränderung von beruflichen Qualifikationsanforderungen und der Entstehung neuer Berufe. Dies erfordert eine ständige Überprüfung und Neubestimmung der Inhalte und Ziele beruflicher Erstausbildung. Es wird in Zukunft weit mehr noch als heute auf die Vermittlung von Querschnitts- und Schlüsselqualifikationen ankommen, die den einzelnen befähigen, flexibel auf spezielle betriebliche Anforderungen und auf Innovationen zu reagieren.

Die zweite hauptsächliche Herausforderung des Berufsbildungssystems liegt in der Notwendigkeit einer lebenslangen beruflichen Weiterbildung. Das berufsbildende Schulsystem ist aufgrund seiner hohen institutionellen Stabilität, seiner entwickelten Selbständigkeit, seiner Differenziertheit und Praxisnähe ideal geeignet, ein berufliches Weiterbildungssystem zusammen mit der Wirtschaft, Handwerk und Verwaltung zu entwickeln und aufzubauen. Das Berufsbildungssystem muss in Zukunft zum „Berufsbildungs- und -weiterbildungssystem“ werden. Die Hochschulen müssen dieses Weiterbildungssystem durch ihren jeweils spezifischen Beitrag ergänzen.

3. Abschlüsse an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen

Alle weiterführenden allgemeinbildenden Schulen schließen mit einer zentralen Abschlussprüfung.

- Die Aufbauschule führt nach fünf Jahren zur Berufsbildungsreife. Schülerinnen und Schüler, die die Aufbauschule mit Erfolg abgeschlossen haben, verfügen über eine solide Allgemeinbildung, die ihnen Ausbildungsstellen in Handwerk, Industrie, Handel, Haus- und Landwirtschaft, im kaufmännischen und gewerblichen Bereich und im öffentlichen Dienst eröffnen. Das neue Vertrauen, das private und öffentliche Arbeitgeber in die Aufbauschule setzen, wird die gegenwärtige Tendenz zur Bevorzugung von Schulabgängern mit Fachoberschul- oder allgemeiner Hochschulreife brechen.

- Besonders begabte Schüler können nach einer entsprechenden begabungsdifferenzierenden Förderung und einem Qualifikationsnachweis nach einem zusätzlichen zehnten Schuljahr an der Aufbauschule die Fachoberschulreife erwerben.
- Die Realschule schließt wie bisher nach sechs Jahren mit der Fachoberschulreife. Schülern, die den Anforderungen nicht genügen, kann bereits nach der neunten Klasse ein dem Berufsbildungsabschluss der Aufbauschule gleichwertiger Abschluss zuerkannt werden. Sie müssen sich auch dazu einer zentralen Abschlußprüfung unterziehen. Ein qualifizierter Fachoberschulabschluss berechtigt zum Wechsel in Klasse 10 des Gymnasiums.
- Das Gymnasium führt nach acht Jahren mit dem Abitur zur allgemeinen Hochschulreife. Nach fünf Jahren kann im Rahmen einer zentralen Abschlussprüfung die Fachoberschulreife erworben werden.
- Die beruflichen Schulen führen wie bisher als Teilzeitschulen im Rahmen des dualen Systems oder als Berufsfachschulen in Vollzeitform zu Berufsabschlüssen und zu weiterführenden Schulabschlüssen bis hin zur allgemeinen Hochschulreife. Sie sind nicht nur in beruflicher Hinsicht, sondern auch in allgemein-schulischer Hinsicht das Ziel und die ideale Fortsetzung des Bildungsganges der Aufbauschule. Denn sie eröffnen Aufbauschülerinnen und Aufbauschülern zusätzlich zur beruflichen Qualifikation gleichwertig sämtliche Wege der allgemeinen Qualifizierung und des Erwerbs sämtlicher schulischen Abschlüsse.

4. Ganztagschule

Die Halbtagschule ist in den letzten Jahren mehr und mehr durch unterrichtliche Angebote und durch notwendig gewordene Betreuungsangebote ergänzt worden. Ein differenziertes Fächerangebot, Zwänge der Stundenplanung oder Raumknappheit haben den Halbtags-Rhythmus an vielen Schulen längst außer Kraft gesetzt. Immer häufiger findet Schule auch am Nachmittag statt. Dies gilt regelmäßig für die höheren Klassen an den weiterführenden Schulen. Es gilt aber auch für die unteren Klassen, vor allem dort, wo aus Gründen der personellen oder räumlichen Kapazität die Nachmittage in die Stundenplanung einbezogen werden müssen. Zudem wird der Wunsch nach längerer Verweildauer in der Schule von vielen Eltern immer deutlicher artikuliert, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf drängen.

Der Verlust der Halbtags-Normalität wurde bisher durch kein zukunftsweisendes Konzept ausgeglichen. Die Gestaltung der Schulzeiten ist stattdessen zur Mangelverwaltung geworden. Kinder und Jugendliche müssen häufig mehrere Freistunden überbrücken, ohne daß ihnen sinnvolle Angebote für die unterrichtsfreie Zeit gemacht werden. Es fehlt an qualifizierter pädagogischer Betreuung. Sie haben trotz häufiger Schulveranstaltungen am Nachmittag nicht die Möglichkeit, in der Schule ihre Mahlzeiten einzunehmen. Die Unregelmäßigkeiten gehen auf Kosten der Freizeit von Kindern und Jugendlichen, die in der Regel nach der Schule noch ihre Hausaufgaben erledigen müssen. Sie beeinträchtigen das familiäre Leben, das häufig über Gebühr strapaziert wird. Für Eltern und Kinder stellt der fortschreitende Verlust der Halb-

tags-Normalität eine unzumutbare Belastung dar.

Die Schulzeit muß für Kinder, Eltern und Lehrer verlässlich und berechenbar sein. Grundlagen einer Neuorganisation der Schulzeit sind die Lern- und Erziehungsziele, die Belastbarkeit und Aufnahmefähigkeit der Kinder und Jugendlichen, die Notwendigkeit schulfreier Zeit und das Erfordernis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir brauchen deshalb mittelfristig unter bildungs-, familien- und arbeitspolitischen Gesichtspunkten ein bedarfsgerechtes, flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen.

5. Selbständige Schule

Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen ist ein hierarchisch organisierter und bürokratisch verwalteter Mammutkomplex. Im Schuljahr 2000/01 wurden an mehr als 6770 allgemein- und berufsbildenden Schulen 2.859.677 Schülerinnen und Schüler von rund 182.700 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet.

Das Schulwesen der Zukunft muss sich vom heutigen durch flache Hierarchien und durch eine drastische Reduktion des bürokratischen Aufwandes unterscheiden.

Unsere Schulen werden sich verändern. Sie müssen sich auf den wachsenden Stellenwert von Leistungsanforderungen, Bildungsqualität und Erziehung einstellen können. Wie internationale Vergleiche zeigen, sind leistungsorientierte und erziehungswirksame Schulen gekennzeichnet durch ein hohes Maß an interner Gestaltungsfreiheit im Rahmen der Qualitätsvorgaben, Planungssicherheit sowie effektiver Qualitätssicherung im gesamten Bildungsverlauf. Intakte Schulen zeichnen sich außerdem durch ein auf Vertrauen gründendes Schulklima aus, einen zielorientierten pädagogischen Konsens und einen leistungs- und wertegebundenen Unterricht. All dies kann sich dort wirksam entfalten, wo Freiheit, Initiative, Leistungswille und Mitwirkungsmöglichkeiten aller am Schulleben Beteiligten erwünscht sind und gefördert werden.

Mehr Freiraum für die Schulen bedeutet nicht, dass der Staat sich seiner Verantwortung für die Qualität des Bildungswesens entzieht, heißt nicht Beliebigkeit (und Abwälzung der Verantwortung auf Schulleiter und Lehrer), wohl aber Beschränkung des Staates auf Normfestsetzung und Ergebniskontrolle statt bürokratischer Gängelung und Detailsteuerung.

Unter dieser Vorgabe muss jede einzelne Schule in die Lage versetzt werden, ihren gesellschaftlichen Auftrag selbsttätig, verantwortlich und unter Ausprägung eines eigenen Profils und einer eigenen Schulkultur umzusetzen. Dies geht nur durch eine kooperative Planung innerhalb des Lehrerkollegiums und mit einem Höchstmaß an Kommunikation über Ziele und Erwartungen zwischen Lehrern, Eltern und Schülern.

Weniger Bürokratie und große Selbstständigkeit für unsere Schulen sind die richtigen Antworten auf die neuen Bildungsanforderungen. Schulen sollen das hohe Maß an Verantwortung und Gestaltungsfreiheit bekommen, das sie brauchen, um ihrem neuen Bildungs- und Erziehungsauftrag gerecht werden zu können. Größere Flexibilität und Eigenverantwortung bei der Einstellung von Lehrern, bei der Unterrichtsgestaltung und bei der Verwaltung von Personal- und Sachmittelbudgets sind geboten.

Die Übertragung von Verantwortung für Personalverwaltung, Stellenbewirtschaftung und Sachmittelbewirtschaftung kann aber nur dann zu positiven Effekten für Schulen führen, wenn Land und Schulträger den Schulen die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Dies gilt insbesondere für die Bereitstellung ausreichender Stellenbudgets und Personalmittel durch das Land. Ohne die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstellen durch das Land werden auch selbständige Schulen keine nennenswerte Verbesserung der Unterrichtsversorgung bewerkstelligen können.

Die Qualitätssicherung schulischer Bildung und schulischer Abschlüsse gehört weiterhin zu den staatlichen Aufgaben. Das Ziel einer größeren Selbständigkeit der einzelnen Schulen setzt deshalb voraus, daß das Land verbindliche Qualitätsvorgaben setzt und deren Einhaltung gewährleistet. Dies soll durch die Einführung von zentralen Abschlussprüfungen an allen weiterführenden Schulen und durch eine verstärkte Schulaufsicht geschehen, die die Schulen durchgängig, im Regelfall beratend und gegebenenfalls korrigierend, in ihrer Selbständigkeit begleitet. Die Leistungsbewertung durch allgemein anerkannte, vergleichbare Ziffernnoten steht nicht zur Disposition.

Die Schulbezirke können aufgehoben werden. Zuständig für diese Entscheidung ist der jeweilige Schulträger.

Die selbstständige Schule soll nicht zuletzt dazu beitragen, dass sich die Bürger in den Gemeinden und Städten stärker als bisher mit „ihren Schulen“ identifizieren und mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Profilierung ihrer Schulen als Schlüsselzentren der Wissensgesellschaft erhalten. Die Selbstverwaltungsorgane der Schule müssen einen bürgerschaftlichen Beirat umfassen. Er muß die örtlichen oder regionalen Einrichtungen der Bildungs-, Erziehungs- und Jugendarbeit repräsentieren.

Der Schulleiter hat in der selbstständigen Schule eine stärkere Stellung als bisher. Er wird im Einvernehmen mit den Selbstverwaltungsorganen der Schule von dem Entscheidungsgremium des jeweiligen Schulträgers (z. B. Stadtrat oder Kreistag) für die Dauer von acht Jahren gewählt.

6. Schule unter den Bedingungen zurückgehender Schülerzahlen

Etwa ab dem Jahr 2005 prognostizieren die Statistiken einen jährlichen Rückgang der Schülerzahlen. Allein in Nordrhein-Westfalen soll die Schülerzahl von 2,71 Millionen im Jahr 2005 auf 2,58 Millionen im Jahr 2010 sinken. Bei gleichbleibender Klassenstärke und Zügigkeit würde der Rückgang des Schüleraufkommens viele Schulen im Bestand gefährden und die gewachsene Schullandschaft durch die Aufgabe von Standorten drastisch verändern.

Der zu erwartende Schülerrückgang sollte nicht als Bedrohung oder willkommenes Einsparpotential, sondern als Chance begriffen werden, um zu überschaubaren Lernmilieus, kindgerechten Schulen und kleinen Lerneinheiten zurückzukehren. Die kindgerechte Schule ist die Schule in der Nachbarschaft, im Dorf oder im Stadtteil. Sie muß im Fall von Grund-, Aufbau- und Realschule auch als einzügige Schule fortgeführt werden können, wenn sich die Eltern und der Schulträger dafür aussprechen.

Durch die Vernetzung und die enge Kooperation kleinerer Schuleinheiten können viele Synergieeffekte, die große Schulzentren aufweisen, beibehalten werden. Andererseits überwiegen die Vorteile für die Schüler und Lehrer, da Überschaubarkeit und Heimatgefühl die Lernleistungen und die Erziehungsfortschritte der Kinder in der Schule nachweislich positiv beeinflussen. Die Übersichtlichkeit kleinerer Schuleinheiten erleichtert auch den Ganztagschulbetrieb.

Kleine Schuleinheiten versprechen Fortschritte und gute Ergebnisse im Hinblick auf die Lernleistungen, Persönlichkeitsbildung und Sozialisation der Schülerinnen und Schüler. Kleine Schuleinheiten, die wohnortnah „in der Nachbarschaft“ verbleiben, sind auch geeignet, das Image des Lehrerberufs zu verbessern. Denn es sind nicht zuletzt auch die schwierigen und pädagogikfeindlichen Zustände an den Schul-Großstandorten mit ihren „Schülerfabriken“, die zahlreiche engagierte Lehrerinnen und Lehrer frustriert in die Resignation getrieben haben. Auch diese Fehlentwicklung sollte im Blick auf bessere Schulleistungen baldigst korrigiert werden.

Gründe und weitere Forderungen

I. Wir brauchen eine Bildungsreform

Bildung und Ausbildung sind von grundlegender Bedeutung für das Wohlergehen des Einzelnen und der Gesellschaft. Weit mehr noch als heute gilt dies für die Zukunft. Die Menschen sind sich darüber im klaren. Sie spüren in vielen Lebensbereichen den Wandel der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Sie wissen, daß Bildung in der Wissensgesellschaft mehr denn je über Berufschancen und Lebensteilhabe entscheidet. Sie müssen wissen, daß Bildung zur neuen sozialen Frage des 21. Jahrhunderts wird. Sie erwarten, daß die Bildungseinrichtungen den zukünftigen Erfordernissen gerecht werden. Die Neuordnung des Verhältnisses von Quantität und Qualität steht im Mittelpunkt der notwendigen Bildungsreform. Dies gilt für alle Begabungen, für praktisch Begabte ebenso wie für theoretisch Begabte. Dabei geht es im Kern um die unentbehrliche Sicherung qualitativer Standards bei der erforderlichen Fortsetzung der Bildungsexpansion.

Mit dem Wissen um die überragende Bedeutung von Bildung und Ausbildung geht die Einsicht einher, daß unsere Bildungseinrichtungen ihre Funktionen und Aufgaben schon heute kaum mehr hinreichend zu erfüllen vermögen. Je nach Art und Ausmaß der sichtbar gewordenen Defizite und Grenzen ist diese Einsicht in verschiedenen Bundesländern und Regionen unterschiedlich ausgeprägt. Gleichwohl erleben wir bundesweit eine neue große Bildungsdebatte. Sie entzündet sich an Themen wie dem Lehrermangel und der mangelnden Attraktivität des Lehrerberufs, der Überalterung der Lehrerkollegien, dem Unterrichtsausfall und dem fachfremd erteilten Unterricht, der fehlenden Sprachkompetenz und Integration von Migrantenkindern vor allem in der Grundschule, der schlechten Ausstattung mit Lernmitteln, der Baufälligkeit und dem gesundheitsgefährdenden Zustand von Schulgebäuden, nicht zuletzt sehr oft auch an den Erziehungsdefiziten und der Gewalt in den Schulen. Einen besonderen Schub bekam die Bildungsdebatte durch die Greencard-Diskussion, in deren Verlauf ein eklatanter Mangel an Fachkräften in Deutschland allgemein bewußt wurde. Einen weiteren Schub bekam sie durch die Ergebnisse der TIMS-Studie, die die bittere

Erkenntnis befördert hat, daß der Leistungsstand unserer Schülerinnen und Schüler in einem Kernbereich der Bildung, der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenz, im internationalen Vergleich allenfalls mittelmäßig ist.

Die Bildungsdebatte hat das gesamte Spektrum der Bildungseinrichtungen zum Thema. In besonderer Weise aber konzentriert sie sich auf dessen grundlegenden Bereich, die Schulen. Die Leistungs- und die Zukunftsfähigkeit der Schulen werden bezweifelt. Die Zweifel beziehen sich gleichermaßen auf den Bildungs- wie auf den Erziehungserfolg der Schulen.

Die Zweifel sind berechtigt. Trotz aller Bemühungen von Lehrerinnen und Lehrern ist es nicht so, dass unsere Schulen bei grundsätzlicher Beibehaltung des Status quo

- unseren Schülerinnen und Schülern bestmöglich das Wissen, das Können und die Einstellungen vermitteln, die für eine verantwortliche und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erforderlich sind,
- sie bestmöglich auf die beruflichen Herausforderungen der Zukunft vorbereiten,
- ihnen bestmöglich die notwendigen Voraussetzungen für das zunehmend wichtige lebenslange Lernen mitgeben.

Stattdessen ist bei grundsätzlicher Beibehaltung des Status quo ein Bildungsnotstand zu befürchten.

Dies gilt in besonderer Weise für Nordrhein-Westfalen. Die nordrhein-westfälischen Schulen sind teilweise in einem verheerenden Zustand. Der Investitionsstau liegt bei 13 Milliarden DM. Massenhafter Unterrichtsausfall und fachfremd erteilter Unterricht gehören zum Alltag. Der Lehrermangel ist eklatant hoch. Die Lehrerkollegien sind überaltert, die Lehrer überanspruchert. Die Referendare werden als Lückenfüller eingesetzt. NRW-Abiturienten haben in ihrer Schulzeit mehr als 1 Jahr weniger Unterricht als Abiturienten in anderen Bundesländern. In allen relevanten Vergleichsstudien - Schüler/Lehrer-Relationen, Klassenfrequenzen, Unterrichtsstunden pro Schüler - landen die NRW-Schulen auf hinteren oder letzten Plätzen.

Jahr für Jahr geben nordrhein-westfälische Eltern rund 400 Mill. DM für Nachhilfe aus. Die Lehrmittelfreiheit ist ausgehöhlt. Eltern müssen einen großen Teil der Kosten für Bücher selbst tragen. Nicht jede Familie verfügt zuhause über einen Computer und noch nicht alle Schulen sind ausreichend damit ausgestattet. Bildung droht wieder zu einer Frage des Geldes zu werden. Die von der SPD verheißene signifikante Erhöhung des Anteils der Arbeiterkinder, die Abitur machen oder studieren, ist trotz 30jähriger SPD-Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen nicht gelungen. Ebenso ist die Bildungsbeteiligung der Mädchen lediglich quantitativ gelungen. Noch immer ist das Berufswahlverhalten bei 75% der Mädchen auf typische Frauenberufe gerichtet. Die Frauenerwerbstätigkeit ist in NRW signifikant niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Unterrichtsausfall, Kürzungen der Stundentafeln als Reaktion auf steigende Schülerzahlen, die Einstellung von häufig nicht ausreichend fachdidaktisch und methodisch ausgebildetem Personal (sog. Nichterfüller), immer größere Klassen, struktureller Lehrermangel - das sind schlechte Voraussetzungen, um nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler auf die Wissensgesellschaft vorzubereiten.

Die Bildungsdebatte wurde ausgelöst durch die Sorge um die zutage getretenen Mängel und Engpässe vor allem an den Schulen. Immer deutlicher kommt in ihr jedoch eine noch viel tiefgreifendere Verunsicherung zum Ausdruck. Diese Verunsicherung hat ihren Grund im angesprochenen epochalen Umbruch von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. In diesem Umbruch, der kaum einen Lebensbereich unberührt läßt, muß das Bildungssystem zwangsläufig auf den Prüfstand kommen. Denn von seiner Qualität hängen Erfolge oder Mißerfolge beim Übergang in die Wissensgesellschaft maßgeblich ab. Die Menschen wissen das. Sie wissen: Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie wissen: Mehr denn je gilt in Zukunft der Satz, daß morgen arbeitslos ist, wer heute ohne Bildung ist. Die Gesellschaft darf nicht auseinanderfallen in Gebildete und Ungebildete, in Angeschlossene und Ausgeschlossene.

Es geht also in der Bildungsdebatte nicht mehr um einzelne Schwachstellen bzw. Reparaturmaßnahmen an einem Bildungssystem, das sich in seinen wesentlichen Strukturen jahrzehntelang durchaus bewährt hat. Es geht jetzt um eine zukunftsweisende, neue Ausrichtung dieses Systems selbst. Ohne grundlegende Reformen kann es den zukünftigen Anforderungen nicht genügen.

Natürlich sind Maßnahmen wie Sonderprogramme zur Einstellung neuer Lehrer, Reduktion des Unterrichtsausfalls, zusätzliche Mittel für die Schulbausanierung, Versorgung mit Computern oder Ergänzungen des Fächerkanons - in länderspezifisch unterschiedlicher Ausprägung - wichtig und unerläßlich. Sie können jedoch nicht über ein schwerwiegendes und folgenreiches Defizit des heutigen bildungspolitischen Denkens selbst hinwegtäuschen.

Dieses Denken ist zu sehr gegenwartsbezogen. Es muß stattdessen viel stärker zukunftsgerichtet sein. Es ist einseitig fixiert auf das Flickern von Schwachstellen, die überall zutage treten. Dabei unterläßt es viel zu sehr das Nachdenken darüber, wo und wie das Bildungswesen von Grund auf renoviert und neugestaltet werden muß, damit es seinen Aufgaben in Zukunft gewachsen ist. Die Bildungspolitik hat bisher keine überzeugende Antwort auf die Frage, wie die Schule der Zukunft aussehen soll. Ihr fehlen die Visionen, die einer grundlegenden und konsequenten Bildungsreform die Richtung weisen. Das ist umso schlimmer, als sich Änderungen oder Reformen im Bildungsbereich erst über lange Zeitspannen auswirken. Bildungspolitik rechnet in Generationen. Schon die jetzt heranwachsende Generation wird aber bei fortgeschrittenem Übergang in die Wissensgesellschaft unter anderen Bedingungen und Herausforderungen leben und arbeiten. Die Bildungspolitik muß dem nicht morgen, sondern heute Rechnung tragen.

Überfällig ist ein grundlegendes und umfassendes Reformkonzept der Schule und des Lernens in der Wissensgesellschaft. Ohne ein solches Konzept, das der Schulpolitik die Richtung weist, bleiben auch die gegenwärtigen Reparaturmaßnahmen bloßes Stückwerk.

Der Grundsatz der Reform muß sein: Jeder - jeder praktisch Begabte und Hochbegabte ebenso wie jeder theoretisch Begabte und Hochbegabte - bekommt die bestmögliche Bildungschance. Jeder soll lernen dürfen, was er lernen kann, und niemand soll lernen müssen, was er nicht lernen kann. Dazu gehört, daß wir Schluß machen mit der ungerechten Reduktion des Begabungsbegriffs auf den der theoretischen Begabung.

Die in den 60er Jahren begonnene Bildungsexpansion muß weitergehen, - allerdings in neuer Qualität.

II. Wir brauchen eine Bildungsexpansion in neuer Qualität

a) Die neue Bildungspolitik der Wissensgesellschaft muss die Politik eines Gesamtsystems des lebenslangen Lernens sein

Die größte Herausforderung des Bildungswesens ist das für die Wissensgesellschaft charakteristische Erfordernis des lebenslangen Lernens. Der Entwurf und die Realisierung eines Gesamtsystems für das lebenslange Lernen ist eine spezifisch neue Aufgabe moderner Bildungspolitik.

Die Umsetzung dieser Aufgabe fordert einen grundsätzlichen bildungspolitischen Perspektivenwechsel. Wir müssen uns endlich nicht nur theoretisch, sondern auch in der bildungspolitischen Praxis von der überkommenen Vorstellung verabschieden, Schulen seien die Orte, an denen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene die spezifischen Kenntnisse erwerben, die ein Berufsleben lang ausreichen.

Das weltweit erarbeitete Wissen verdoppelt sich alle fünf bis sieben Jahre. Die Innovationszyklen von Produkten und Leistungen werden immer kürzer. Die Verkürzung der Zeiträume, in denen einmal erworbenes Wissen und Können aktuell bleiben, verändern das Verhältnis von Aus- und Weiterbildung immer mehr zugunsten der Weiterbildung. Das industriegesellschaftliche „Normalarbeitsverhältnis“ gehört zunehmend der Vergangenheit an. Mehrfache Tätigkeits- und Berufswechsel, verbunden mit den Erfordernissen, sich auf neue Qualifikationsprofile und neue Formen der Arbeitsorganisation einzustellen, werden normal. Die Fähigkeit und Bereitschaft zu beruflicher Flexibilität und lebenslangem Lernen entscheiden heute schon über Erfolg und Mißerfolg, über Teilhabe und Ausgrenzung.

Trotz dieser offenkundigen Umwälzungen behaupten sich überkommene Vorstellungen von dem, was Schule leisten soll und kann, hartnäckig. Wir versuchen bis heute, die Vermehrung des Wissens in der Schule gleichsam einzufangen. Die Folgen waren und sind die Ausdehnung der Schulzeiten, die Erweiterung des Fächerkanons und die Überfrachtung der einzelnen Fächer mit immer spezielleren Inhalten. Dahinter steckt die Illusion, auch heute und sogar in Zukunft noch das Wissen, das der einzelne für ein erfolgreiches Berufsleben benötigt, vor dem Eintritt in dieses Berufsleben als Unterrichtsstoff in den allgemein- und berufsbildenden Schulen vermitteln zu können. Das ist aber ein aussichtsloser Versuch.

Statt fortschreitender inhaltlicher Befruchtung des schulischen Unterrichts ist, so paradox dies auf den ersten Blick scheint, das Gegenteil richtig. Die Schule ist keine Forschungs- und Entwicklungseinrichtung. Sie kann im Wettlauf der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung nicht mithalten. Sie muß aber auch gar nicht mithalten, um ihr Ziel zu erreichen. Denn dieses Ziel kann unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft nur die Vermittlung eines soliden Fundaments von grundlegenden Kompetenzen, Fertigkeiten und Einstellungen sein. Diese Grundlegung soll einen lebenslangen Prozeß des Lernens ermöglichen. An sie muss sich ein solcher lebens-

langer Prozeß des Lernens auch tatsächlich anschließen.

Wir können heute nicht wissen, welche speziellen fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten in zehn oder 20 Jahren erforderlich sind. Wir müssen uns aber neu darüber verständigen, welche Kompetenzen junge Menschen während ihrer schulischen Erstausbildung erwerben müssen, um der ständigen Innovation von Wissenschaft und Technik ein Leben lang gewachsen zu sein. Welche Voraussetzungen müssen in der Schule gelegt werden, damit junge Menschen lebenslang lernbereit und lernfähig sind? Welche Grundausstattung an Wissen, Können, Haltungen und Einstellungen müssen sie haben, damit sie die lebenslang erforderliche Weiterbildung selbstbewußt angehen und selbständig organisieren können? Wir müssen uns neu besinnen auf das, was die schulische Erstausbildung leisten soll und leisten kann. Kurz: Wir brauchen ein neues Konzept von Allgemeinbildung, die heute nur als Fundamentalbildung verstanden werden kann. Dieses Konzept muß von der Angemessenheit des gegliederten Schulwesens ausgehen, das unterschiedlichen Begabungen in angemessener Weise Rechnung trägt. Zu dieser Allgemeinbildung im Sinn einer Fundamentalbildung gehört die Fähigkeit und Bereitschaft zu selbständiger Weiterbildung, Qualifizierung und Spezialisierung.

Lerninhalten und Curricula der verschiedenen Schulformen müssen durchforstet werden. Auf entbehrliches Detailwissen muß verzichtet werden; das Grundwissen und die Schlüsselqualifikationen müssen im Gegenzug vertieft und gefestigt werden. Die Durchforstung wirkt sich auf die Dauer der schulischen Erstausbildung aus. Sie kann verkürzt werden. Denn das Lernen konzentriert sich für den Einzelnen nicht mehr auf die schulische Erstausbildung. Es verteilt sich vielmehr auf sein gesamtes (Berufs-)Leben, das zunehmend von informeller und von schulisch-organisierter Weiterbildung begleitet oder phasenweise unterbrochen sein wird. – Dies betrifft übrigens nicht zuletzt auch die Lehrer selbst, deren kontinuierliche berufliche Fortbildung institutionalisiert und sichergestellt werden muß.

Die Konzentration der Erstausbildung auf eine Fundierung lebenslangen Lernens gilt nicht nur für die allgemein-, sondern ebenso für die berufsbildenden Schulen. Der Zusammenhang und das Verhältnis von Aus- und Weiterbildung müssen in der Berufsbildung neu definiert werden. In einer Zeit, in der die Innovationszyklen für Produkte und Dienstleistungen nicht selten kürzer sind als die Dauer einer beruflichen Erstausbildung, muß es ein wesentliches Ziel dieser Erstausbildung sein, auf die Weiterbildung gezielt vorzubereiten. Ein Schwerpunkt der beruflichen Erstausbildung wird deshalb zukünftig mehr noch als heute schon in der Vermittlung grundlegender Qualifikationen für ganze Berufsfelder liegen, die die Auszubildenden in die Lage versetzen, ihre – lebenslange – berufliche Weiterbildung und Spezialisierung selbst und eigenverantwortlich zu gestalten.

Eine moderne Bildungspolitik für die Wissensgesellschaft muß die Politik eines Gesamtsystems für das lebenslange Lernen aller sein. Das heißt: Die Reform des Bildungswesens muß die Erwachsenen- und Weiterbildung gleichwertig einbeziehen in den übergreifenden Rahmen eines Systems für das lebenslange Lernen. Davon sind wir in Deutschland noch weit entfernt. Das zeigt sich an der Diskrepanz zwischen der Betonung und der Wertschätzung des lebenslangen Lernens einerseits und der vergleichsweise geringen bildungspolitischen Aufmerksamkeit für den gesamten Bereich

der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung andererseits. Bildungspolitik in Deutschland ist im wesentlichen immer noch Politik der Erstausbildung in Schule und Hochschule sowie Forschungspolitik. Solange sie das bleibt, kann sie jedoch nicht einmal gute Schul- und Hochschulpolitik sein. Denn deren Güte hängt in Zukunft wesentlich davon ab, daß sie die Möglichkeit und das Erfordernis der Weiterbildung im Rahmen eines Gesamtsystems für das lebenslange Lernen von vornherein mitberücksichtigt.

b) Die neue Bildungspolitik der Wissensgesellschaft muß exzellente Bedingungen schaffen für die schulische Erstausbildung von mehr Akademikern und hochqualifizierten Fachkräften

In den 60er Jahren begann mit Georg Pichts Warnung vor der drohenden Bildungskatastrophe eine quantitative Bildungsexpansion. Ziel war, die Bildungsreserve des Landes besser zu nutzen. Die Zahl der weiterführenden Schulen und Hochschulen stieg. Der Ausbau der Schulen und Hochschulen kam aber nicht mit. Die Einrichtungen blieben – und sind bis heute – chronisch unterfinanziert. Die Steigerung der Schüler- und Studentenzahlen wurde teilweise durch eine Senkung des Leistungsniveaus erkaufte. Der qualitative Ausbau hat mit dem quantitativen nicht Schritt gehalten.

Die Diskrepanz zwischen quantitativem und qualitativem Ausbau ist in den letzten Jahren zunehmend ins allgemeine Bewußtsein getreten. Zuletzt hat die Green-card-Debatte deutlich gemacht: Es gibt in Deutschland einen eklatanten Mangel an Akademikern, Ingenieuren und hochqualifizierten Fachkräften. Nach einem jahrzehntelangen Zeitraum der Bildungsexpansion, in dem immer mehr Eltern ihre Kinder „länger auf bessere Schulen“ schickten, ist dies eine bittere Einsicht. Sie lenkt den Blick darauf, daß die Bildungsexpansion, die Mitte der 60er Jahre eingesetzt hat, auf halbem Wege stehen geblieben ist.

Die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte hat unter anderem dazu geführt, daß die Quote derjenigen in den jeweiligen Altersjahrgängen, die die allgemeine und die Fachhochschulreife erreicht haben, deutlich gestiegen ist. Sie lag 1965 bei 7,5 Prozent und stieg - nach einem vereinigungsbedingten geringfügigen Rückgang - auf 36,2 Prozent im Jahr 1998. Die Quote derjenigen, die einen Hochschulabschluß erreicht haben, spiegelt diese Expansion allerdings nicht wider. Pointiert gesagt: Während die Quote der Hochschulberechtigten über Jahrzehnte steil angestiegen ist, stagniert die Quote der erfolgreichen Hochschulabgänger seit Jahrzehnten in etwa auf demselben niedrigen Niveau. Die Bildungsexpansion hat sich also nicht über die weiterführenden Schulen durch die Hochschulen hindurch fortgesetzt. Sie hat buchstäblich vor den Hochschultoren bzw. in den Hochschulen Halt gemacht.

Nach einer statistischen Auswertung lag die Abiturientenquote 1972 bei 12 Prozent. Acht Jahre später - das ist der durchschnittliche Zeitraum zwischen Abitur und Hochschulabschluß - lag die Akademikerquote bei 9 Prozent. Etwa drei Viertel des 1972er Abiturientenjahrgangs haben also ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen. Infolge der Bildungsexpansion verdoppelte sich die Abiturquote bis 1989 auf 23,5 Prozent. Die entsprechende Akademikerquote von 1997 – acht Jahre später – lag jedoch nur bei 11,4 Prozent, also nur wenig über der 1989er Quote. Es haben demnach weniger als die Hälfte des 1989er Abiturientenjahrgangs einen universitären

Abschluss erreicht.

Die Ausbremsung der Bildungsexpansion vor bzw. in der Hochschule ist ebenfalls durch Zahlen anschaulich belegt. Die Quote derjenigen, die nach dem Erwerb der Hochschulreife dauerhaft auf die Aufnahme eines Studiums verzichten, ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und liegt heute bei 20 Prozent. Der Anteil der Studienabbrecher ist im Durchschnitt der vergangenen Jahre auf rund 40 Prozent gestiegen. Studiengangsspezifische Erfolgsquoten liegen zum Teil bei weniger als 40 Prozent. Aufgeschlüsselt nach einzelnen Fächern werden für den Abbruch von Studiengängen folgende Zahlen genannt: Von jeweils 100 Studierenden im Erstsemester brechen 40 in den Lehramtsstudiengängen das Studium vorzeitig ab, 40 bei den Maschinenbauern und bei den Juristen, 50 bei den Elektrotechnikern und Physikern, 60 bei den Wirtschaftswissenschaftlern und Informatikern, 70 bei den Mathematikern, 80 bei den Germanisten und 90 bei den Philosophen. - Die Quoten der Studienabbrecher und die studiengangsspezifischen Erfolgsquoten verweisen auf einen nicht weiter tolerierbaren Mißstand.

Die Gründe für die Ausbremsung der Bildungsexpansion vor und in den Hochschulen sind vielfältig.

Ohne Zweifel liegt ein wichtiger Grund darin, daß die Schulen nicht optimal auf das Studium vorbereiten. Die TIMS-Studie der OECD und die PISA-Studie haben entsprechende Analysen und Vermutungen durch den Nachweis eines vergleichsweise nur mittelmäßigen Leistungsstandes deutscher Schülerinnen und Schüler bestätigt. Es muss davon ausgegangen werden, daß die innerdeutsche PISA-Vergleichsstudie den schlechten Stand des nordrhein-westfälischen Schulsystems einmal mehr eindrucksvoll bestätigen wird. In einer aktuellen Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zur Hochschulreife von Studienanfängern, die auf Umfragen unter Hochschullehrern basiert, wird nur jedem vierten Studienanfänger eine gute Vorbereitung auf das Studium attestiert; knapp jedem dritten wird fehlende Studierfähigkeit attestiert.

Die relative Ausbremsung der Bildungsexpansion vor den Hochschultoren beweist auch, daß die Bildungsexpansion im Gymnasialbereich durch eine Nivellierung des Leistungsniveaus nach unten erkauft wurde.

Es darf jedoch in Zukunft nicht darum gehen, die erreichte Bildungsexpansion im Schulbereich wieder zu beschränken. Das Gegenteil ist richtig. Wir müssen alles dafür tun, daß die Bildungsexpansion im Schulbereich weitergeht, und wir müssen alles dafür tun, daß sie sich ohne den bisherigen Bruch in den Hochschulbereich hinein fortsetzt. Denn wir brauchen mehr und nicht etwa weniger Studenten, Akademiker und hochqualifizierte Fachkräfte. Wir können deshalb nicht einerseits den Mangel an Hochqualifizierten beklagen und andererseits durch eine rückwärtsgewandte Schulpolitik dafür sorgen, daß der Mangel fortbesteht.

Das bedeutet: Die Bildungsexpansion muß quantitativ weitergehen und zugleich qualitativ neu gestaltet werden. Die neue Bildungspolitik muß gewährleisten, daß dauerhaft eine möglichst hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern an den weiterführenden Schulen wesentlich besser als bisher auf ein erfolgreiches Studium an Uni-

versitäten und Fachhochschulen vorbereitet wird.

Eine Alternative dazu gibt es nicht. Für den Übergang in die Wissensgesellschaft ist ein kontinuierlicher Anstieg des Bedarfs an Höher- und Hochqualifizierten charakteristisch. Auf diese langfristige Tendenz müssen sich die Bildungseinrichtungen neu einstellen.

Bedarfs- und Angebots-Schätzungen für den Zeitraum 1998 bis 2010 zeigen: Wenn die Erfolgsquote im Studium und der Anteil derjenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, unverändert bleiben, dann fehlen in Deutschland zur Deckung des Ersatz- und Zusatzbedarfs bis 2010 jährlich etwa 20.000 neu ausgebildete Absolventen aus den Hochschulen und besonders aus den Fachhochschulen. Der jährliche Fehlbedarf entspricht etwa der 1998er Zahl der Fachhochschulabsolventen der Länder Bayern und Baden-Württemberg zusammen oder der Gesamtzahl derjenigen, die im selben Jahr ihr Studium an den niedersächsischen Universitäten und Fachhochschulen abgeschlossen haben.

Die für die qualitative Neugestaltung der Bildungsexpansion nötigen Anstrengungen sind groß. Es muß Schluß sein mit der Mangelverwaltung und chronischen Unterfinanzierung unserer Schulen und Hochschulen. Sie sind Schlüsselzentren der Wissensgesellschaft. Sie brauchen eine Ausstattung und innere Ausgestaltung so, daß die erforderliche Fortsetzung der quantitativen Bildungsexpansion mit einer klaren Qualitätssteigerung vereinbar wird.

c) Die neue Bildungspolitik der Wissensgesellschaft muß exzellente Bedingungen schaffen für die schulische Erstausbildung von „Profis für die Praxis“

Beim Stichwort „Bildungsexpansion“ wird in erster Linie an den kontinuierlich gewachsenen Zustrom zu den höheren Schulen in den vergangenen Jahrzehnten gedacht. Als die wesentlichen Kennzahlen der Expansion gelten gemeinhin die veränderten Anteile der Schülerinnen und Schüler an den Volks- bzw. Hauptschulen, den Realschulen, den Gymnasien und, seit ihrem Bestehen, den Gesamtschulen: 1960 besuchten im alten Bundesgebiet 67,9 Prozent desselben Schuljahrgangs die Volksschule, 12,1 Prozent die Realschule und 17,1 Prozent das Gymnasium. 1996 besuchten die Hauptschule nur noch 24,9 Prozent desselben Schuljahrgangs, die Realschule 26,8 Prozent, das Gymnasium 31,0 Prozent und die Gesamtschule 9,6 Prozent.

Die Verengung des Blicks auf den Zustrom zu Gymnasien und Realschulen läßt die Berufsbildung als einen gleich wichtigen Teil der Bildungsexpansion in den vergangenen Jahrzehnten außer Acht.

Rund zwei Drittel der Angehörigen eines Altersjahrgangs werden beruflich ausgebildet im Sinne des Berufsbildungsgesetzes. 1998 gab es in den alten und neuen Ländern zusammen gut 1,6 Millionen Auszubildende, die sich - in sehr ungleichen Anteilen - auf 355 anerkannte Berufe verteilten. Im selben Jahr unterzogen sich rund 577.000 Auszubildende einer Abschlußprüfung, davon rund 273.000 im Bereich Industrie und Handel und rund 209.000 im Bereich Handwerk. Die Erfolgsquote lag bei 84,3 Prozent.

Die Zahlen belegen die enormen Anstrengungen der Betriebe und der berufsbildenden Schulen bei der Ausbildung junger Menschen.

Trotzdem ist die Anzahl derjenigen, die nicht zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung geführt werden konnten, bis heute hoch. Nach einer Auswertung des Mikrozensus von 1998 liegt sie bei 13,5 Prozent aller 20- bis unter 30 jährigen; zum Zeitpunkt der Befragung waren dies knapp 1,5 Millionen von den 20 bis unter 30jährigen. Die Zahl rechtfertigt es, von einer „Ausbremung“ der Bildungsexpansion vor bzw. in den Einrichtungen der Berufsbildung zu reden, die der „Ausbremung“ vor bzw. in den Hochschulen entspricht.

Die Dramatik fehlender oder nicht abgeschlossener Berufsausbildung erschließt sich erst bei Beachtung des Zusammenhangs von Qualifikation und Berufsperspektive. Dieser Zusammenhang ist in der zu Ende gehenden Industriegesellschaft immer enger geworden. In der Wissensgesellschaft wird er zunehmend zu einem Bedingungsverhältnis.

Wie sehr sich dieses zukünftige Bedingungsverhältnis schon heute ankündigt, zeigen die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten: Ende der neunziger Jahre lag die Arbeitslosigkeit unter denjenigen, die eine Lehre oder Berufsfachschule absolviert hatten, bei 9,2 Prozent. Unter denjenigen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung vorweisen konnten, lag sie fast dreimal so hoch: bei 25,8 Prozent. Dass in diesem Verhältnis ein Trend zum Ausdruck kommt, wird von keinem Experten bezweifelt. Es ist OECD-Analysen zufolge ein Trend, der sich in allen entwickelten Industriegesellschaften abzeichnet.

Die hohe Quote derjenigen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen, korrespondiert mit der hohen Quote derjenigen, die die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Sie liegt bei 9 Prozent eines Altersjahrgangs.

In beiden Fällen ist vor allem der überdurchschnittliche Anteil von Jugendlichen ausländischer Herkunft beachtenswert. Er verweist auf ein besonders wichtiges Teilproblem der zukünftigen Bildungsexpansion. Ausländer sind mit 39,6 Prozent fast viermal häufiger ausbildungslos als Deutsche (10,5 Prozent). Sie bleiben, trotz deutlicher Verbesserungen in den vergangenen Jahren, mehr als doppelt so oft ohne Hauptschulabschluß. Ihre Bildungsbeteiligung an den weiterführenden Schulen liegt weit unter dem Durchschnitt. Der hauptsächliche Grund dafür ist, daß Ausländerkinder wegen mangelnder Deutschkenntnisse in den Schulen nicht mitkommen. Die absoluten Zahlen veranschaulichen die Größenordnung des Problems, dem nur mit einer neuen und konsequenten Politik der Integration begegnet werden kann: Ende der neunziger Jahre besuchten 1.156.800 Schülerinnen und Schüler mit ausländischem Pass die allgemein- und berufsbildenden Schulen in Deutschland. Das ist ein Anteil von 9,1 Prozent an der Gesamtzahl der Schüler. Angesichts der langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und der erwarteten bzw. für erforderlich gehaltenen weiteren Zuwanderung muß für die Zukunft von einer Erhöhung dieses Anteils ausgegangen werden. Das Bildungssystem, dem ein wesentlicher Anteil der Integrationsarbeit obliegt, ist darauf nicht hinreichend vorbereitet. Es ist eine der Hauptaufgaben der neuen Bildungspolitik, alles Erforderliche dafür zu tun, dass Ausländerkinder die gleichen Chancen in Bildung und Ausbildung bekommen wie ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler: in den Grundschulen, an den weiterführenden Schulen, in den

Berufsschulen und in den Hochschulen. Wer die dazu nötigen Anstrengungen unterläßt, trägt in unverantwortlicher Weise zur Entstehung eines neuen Bildungsproletariats bei.

Es müssen für die Zukunft alle Anstrengungen unternommen werden, jeden, der dazu grundsätzlich in der Lage ist, zu einem schulischen Abschluß und zu einer qualifizierten Berufsausbildung zu führen. Denn Qualifikationsmangel führt in der Wissensgesellschaft auf die Verliererstraße und ins soziale Abseits.

Die erforderlichen Anstrengungen fallen in eine Zeit des allgemeinen Umbruchs, in der das gesamte Berufsbildungssystem quantitativ und qualitativ mit neuen Herausforderungen konfrontiert ist.

Die Zahl der Schulabgänger steigt in den nächsten Jahren. Gleichzeitig schlägt der Arbeitsplatzabbau auf die bereitgestellten Ausbildungsplätze durch. Sie lagen 1999 mit 497.000 nur noch bei zwei Dritteln des Jahres 1984 (706.000). Der Arbeitsplatzabbau ist die Folge eines umfassenden und beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandels, der wesentlich bedingt ist durch die fortschreitende technologische Entwicklung. Die Berufsausbildung muß diesem Strukturwandel durch fortgesetzte Reformen Rechnung tragen. Das heißt, sie muß auf dem Weg fortschreiten, der Mitte der neunziger Jahre eingeschlagen wurde mit Maßnahmen wie

- der ständigen Neubestimmung des Qualifikationsbedarfs, der sich in der Wissensgesellschaft in kürzeren Zeiträumen wandelt als in der Industriegesellschaft,
- der Modernisierung der vorhandenen Ausbildungsordnungen, um den beschleunigten Innovationszyklen in den verschiedenen Berufen gerecht zu werden,
- der Schaffung von neuen Berufsbildern und von Ausbildungsordnungen für neue Berufe,
- der stärkeren Vermittlung von Querschnitts- und Schlüsselqualifikationen, die den einzelnen zu lebenslangem Lernen befähigen und zur flexiblen Reaktion auf neue berufliche Anforderungen,
- der Einführung neuer Formen des Lehrens und Lernens, die den veränderten Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft entsprechen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist eindeutig gekennzeichnet durch eine Verlagerung der nachgefragten Qualifikationen vom gewerblichen in den Dienstleistungsbereich hinein. Ein zunehmend deutlicher Schwerpunkt liegt dabei auf wissensintensiven Tätigkeiten. So liegen die neuen Berufe, die nach 1996 geschaffen wurden, vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie im Bereich Multimedia. Der Trend zu wissensintensiven Dienstleistungen wird sich fortsetzen.

Aufschlussreich ist, dass die neuen „Zukunftsberufe“ mit hohem theoretischen Anforderungsprofil zu einem sehr großen Teil von Jugendlichen mit Hochschul- und Fachhauptschulreife ergriffen werden. Dieser Anteil liegt im Schnitt bei 39 Prozent. Bei einigen Berufen wie beispielsweise dem des Fachinformatikers liegt er sogar bei über 50 Prozent.

Diese Zahlen sind vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie auf folgendes hinweisen: Die Gefahr, in der Wissensgesellschaft auf die Verliererstraße zu geraten, betrifft aus heutiger Perspektive weit mehr Menschen als nur diejenigen, die keinen Schulabschluss

und keine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen. Diese Gefahr muß gebannt werden. Dafür ist im Bereich der Berufsausbildung und im vorgelagerten Bereich der Schulen eine Bildungsexpansion in neuer Qualität unabdingbar. Sie wird aber nicht ausreichen. Hinzu kommen muß die breite Erschließung neuer Beschäftigungsfelder mit weniger theoretischen und mehr praktischen Qualifikationsanforderungen. Diese Beschäftigungsfelder liegen vor allem im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. Der Grundsatz „Qualifikation schützt vor Arbeitslosigkeit“ ist richtig. Es muß aber alles getan werden, um zu verhindern, daß Tätigkeiten, die in vergleichsweise geringerem Maße wissensbasiert sind, in Zukunft nicht mehr nachgefragt werden. Gelingt das nicht, wird der Übergang in die Wissensgesellschaft zur sozialen Ausgrenzung einer zunehmend großen Zahl von Menschen führen. Eine Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dagegen nicht rechtzeitig Vorkehrungen trifft, ist unverantwortlich.

Das Bildungssystem in Deutschland muß in die Lage versetzt werden, den großen Herausforderungen an die berufliche Bildung gerecht zu werden, die durch den beschleunigten und umfassenden wirtschaftlichen Strukturwandel bedingt sind. In seinem jetzigen Zustand ist das Berufsbildungssystem dazu nur noch bedingt fähig: In wichtigen Teilbereichen - dies gilt namentlich für die klassischen Berufsschulen des dualen Systems - ist es in noch höherem Maße als die allgemeinbildenden Schulen schon heute nicht mehr hinreichend in der Lage, seine Aufgaben und Funktionen wahrzunehmen. Der Unterricht an den Berufsschulen ist durch erhebliche Stundenausfälle beeinträchtigt. Der Ausfall betrifft in erster Linie die allgemeinen Fächer. Dies ist besonders gravierend, weil die Bedeutung von Querschnitts- bzw. Schlüsselqualifikationen für das zukünftige Berufsleben stetig zunimmt. Der Ausfall betrifft ebenso den fachbezogenen Unterricht. Er muß wegen des eklatanten Mangels ausgebildeter Berufsschullehrer in erheblichem Ausmaß von Lehrern ohne eine Lehrbefähigung für das jeweilige Fach erteilt werden.

d) Die neue Bildungspolitik der Wissensgesellschaft muß den Fort- und Weiterbildungssektor als gleichberechtigte Säule des Bildungssystems neben Schulen und Hochschulen fördern und ausgestalten

Neben Schulen und Hochschulen hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland ein vielfältiger Fort- und Weiterbildungssektor entwickelt. Die allgemeinen und berufsbezogenen Weiterbildungsangebote werden Jahr für Jahr von mehr Menschen in Anspruch genommen. Schätzungen für das Jahr 1997 gehen von einer Gesamt-Teilnahmequote von 48 % der 19- bis 64jährigen aus. Bundesweit hochgerechnet entspricht das einer absoluten Teilnehmerzahl von rund 20 Millionen. Was die Teilnehmerzahlen betrifft, ist der Weiterbildungssektor mithin jetzt bereits der größte Bildungssektor.

Besondere bildungspolitische Aufmerksamkeit verdient, dass Personen mit niedriger Schulbildung in der Weiterbildungsbeteiligung mit weitem Abstand hinter Personen mit Abitur oder mittlerer Schulbildung zurückbleiben. Weiterbildungsangebote werden also weit überproportional von denjenigen in Anspruch genommen, die bereits ein hohes Schulbildungsniveau haben. Die Informierten werden informierter. Personen mit niedriger Schulbildung – darunter die schätzungsweise 15 Prozent primärer und sekundärer Analphabeten unter den Erwachsenen in Deutschland – drohen dagegen

bei der Fort- und Weiterbildung ins Abseits zu geraten. Es wird in Zukunft gelingen müssen, diese Tendenz durch niederschwellige Angebote zu brechen.

Trotz seiner offenkundigen Größe und verbalen Wertschätzung ist der Weiterbildungssektor in seinen institutionellen und thematischen Strukturen nicht einmal für Fachleute transparent. Eine unüberschaute Zahl von öffentlichen und privaten Trägern offeriert darin eine ebenso unüberschaute Vielfalt von Bildungsangeboten. Das Angebot steigt stetig; Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche ersten Ranges. Eine umfassende quantitative oder qualitative Beschreibung des Weiterbildungs-Sektors liegt jedoch bisher mangels zentraler Erhebungen nicht vor. Überspitzt läßt sich sagen: Die Weiterbildung ist zwar das charakteristischste Element der wissensgesellschaftlichen Bildungsexpansion, sie führt aber in der bildungspolitischen Aufmerksamkeit nach wie vor ein Aschenputtel-Dasein.

Es ist dringend erforderlich, den Weiterbildungssektor gleichberechtigt in den Blickpunkt der Bildungspolitik zu bringen. In einem Gesamtsystem für das lebenslange Lernen hat er dieselbe Bedeutung wie der Erstausbildungssektor, mit dem er in einem engen wechselseitigen Bedingungs- und Verzahnungsverhältnis stehen muß. Bildungspolitik, die nicht auch Weiterbildungspolitik ist, hat keine Zukunft.

- Die neue Bildungspolitik muss dafür Sorge tragen, daß Weiterbildungsstrukturen und -angebote für den einzelnen ebenso transparent, verlässlich und berechenbar werden wie die anderen Teilbereiche des Bildungswesens. Weiterbildung muss planbar sein.
- Die neue Bildungspolitik muss eine Vernetzung und Koordination der öffentlichen und privaten Weiterbildungsträger vorantreiben, damit in allen Regionen des Landes, namentlich auch in den ländlichen Regionen, kosteneffizient ein qualitativ hochwertiges, möglichst umfassendes und nachfragegerechtes Angebot gewährleistet ist.
- Die neue Bildungspolitik muss die Gründung oder weitere Ausgestaltung privater Bildungseinrichtungen unter der Voraussetzung der Gewährleistung von Qualitätsstandards massiv fördern. Sie muß dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen und die Berufskollegs sich als Zentren der Weiterbildung in öffentlicher Trägerschaft etablieren.
- Die neue Bildungspolitik muss dafür Sorge tragen, dass sich Bildungszentren in allen Regionen und größeren Kommunen etablieren, die kompetente Beratung und Begleitung des lebenslangen Lernens bieten.
- Die neue Bildungspolitik muss völlig neue Konzepte zur Finanzierung und zeitlichen Ausgestaltung des lebenslangen Lernens erarbeiten.

Die angemessene bildungspolitische Profilierung der Fort- und Weiterbildung ist nur mittelfristig zu bewältigen. Die Konzepte dafür müssen jetzt erarbeitet werden. Sie weiter hinauszuschieben hieße, eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik zu verweigern, die nur als Politik des Gesamtsystems für das lebenslange Lernen aller zu verantworten ist.

III. Wir brauchen Schulen, die ihren Erziehungsauftrag selbstbewußt wahrnehmen

Die Schule hat den Auftrag, an der Erziehung der Kinder und Jugendlichen mitzuwirken.

Dieser Erziehungsauftrag ist in den vergangenen Jahrzehnten ständig erörtert und problematisiert worden. Im Milieu der 68er-Bewegung entfaltete sich eine „ideologiekritische“ Überprüfung überkommener Werte, Haltungen und Einstellungen. Ihre erzieherische Vermittlung in Elternhaus und Schule wurde als Mechanismus zur Stabilisierung von politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen verstanden, von deren Ungerechtigkeit man überzeugt war und deren Überwindung man forderte. Überall in der Erziehung entdeckte der gesellschaftskritische und sozialpsychologisch geschärfte Blick Herrschafts-, Macht- und Autoritätsstrukturen. Nichts entging dem ideologiekritischen Verdacht. Pointiert gesagt: Einen Lehrling den Boden fegen zu lassen, war eine Einübung in bürgerlich-klassengesellschaftliche Herrschaftsstrukturen. Fleiß, Pünktlichkeit, Höflichkeit oder Verlässlichkeit wurden zu Sekundärtugenden. Sich mit anderen zu messen und die eigene Identität auch über die Erprobung seiner Leistungsfähigkeit auszubilden, war unsozial.

Die ideologiekritische Analyse der angeblichen Erziehungswirklichkeit war mit enormen Erwartungen an eine neue Erziehung verbunden. Aus einem angeblichen Instrument der Anpassung an gesellschaftliche Ungleichheits- und Unrechtsverhältnisse sollte ein Instrument der Überwindung dieser Verhältnisse werden. Die Pädagogik wurde emanzipatorisch. Sie begriff Erziehung als Mittel zur Bildung eines neuen Menschen für eine neue, gerechtere Gesellschaft.

Der Familie wurde in der emanzipatorischen Erziehungsstrategie kaum fortschrittliches Potential zugetraut. Sie galt als kleinbürgerliche Sozialisationsagentur und stand unter dem Generalverdacht, genau die autoritären Strukturen unweigerlich in den Köpfen festzusetzen und zu reproduzieren, die überwunden werden sollten. Umso größere Hoffnungen wurden in die Schule gesetzt. Ihr wurde das emanzipatorische Potential zugetraut. Sie sollte dafür zur Einheitsschule werden, die Ungleichheiten ausgleicht und gleiche Bildung für alle erreicht. Sie sollte autoritäre Verhaltensmuster korrigieren, in den herrschaftsfreien Diskurs einüben, Kritik- und Widerstandsfähigkeit fördern, Distanz zum Leistungsdenken und zum Wettbewerb erzeugen.

Die bildungspolitischen Debatten der 60er und 70er Jahre und ihr ideologischer Hintergrund erscheinen heute trotz zeitlicher Nähe merkwürdig fern. Fern erscheinen sie heute besonders auch denjenigen, die sich selbst darin exponiert hatten. Sie haben die Maßlosigkeit ihrer damaligen Kritik der Erziehungswirklichkeit ebenso eingesehen wie die Realitätsferne vieler pädagogischer Zielsetzungen. Diese Zielsetzungen gingen nicht vom Menschen aus, wie er wirklich ist, sondern vom Menschen, wie er den Kritikern wünschbar schien. Die Fehleinschätzungen der *conditio humana* wurden korrigiert, die pädagogischen Heilserwartungen wurden revidiert. Die revolutionären Ziele wurden aufgegeben.

Heute gelten die politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland auch denjenigen, die einst zu ihrer Überwindung oder gar Zerschlagung erziehen wollten, als bewahrenswert. Die Familie wird nicht mehr als kleinbürgerlich-autoritäre Sozialisationsagentur diffamiert. Die bildungspolitischen Prinzipien, mit denen jahrzehntelange Experimente mit Kindern, Lehrern und Eltern begründet wurden, sind von ihren ehemaligen Protagonisten über Bord geworfen worden. Das Ideal der Einheitsschule ist Vergangenheit. Die Protagonisten der Gesamtschule möchten an deren ideologischen Gründungsmythos nicht mehr erinnert werden. Denn zu offensichtlich ist, daß sie die

Erwartungen, deretwegen sie gegründet wurde, verfehlt hat. Man knüpft an die Gliederungs- und Differenzierungsstrukturen des Schulwesens an, die die Egalisierungs-Experimente überlebt haben. Die Ideologie der Gleichheit ist der Anerkennung gewichen, daß es unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten gibt, und daß es nicht Emanzipation, sondern Zwang ist, diese Unterschiede nivellieren zu wollen. Man sieht heute ein, daß das Gleichheitsideal dazu führt, daß viele nicht lernen dürfen, was sie lernen könnten, und viele permanent überfordert werden, weil sie nicht lernen können, was sie lernen sollen. Elitebildung ist kein Schimpfwort mehr, Leistungswille nicht mehr von vornherein verdächtig. Von Sekundärtugenden ist auch nicht mehr die Rede in einer Zeit, in der Fleiß, Disziplin und Pünktlichkeit nicht selten ausschlaggebend dafür sind, daß jemand einen Ausbildungsplatz bekommt, obwohl er auch nach neun oder zehn Schuljahren weder ordentlich rechnen noch schreiben kann.

Die Bildungsdebatte ist zu den Kindern zurückgekehrt, die Bildungspolitik auch. Das ist gut so. Über eines freilich sollte man sich nicht täuschen, obwohl es so gut wie nie ausgesprochen wird: Die Debatten der 60er und 70er Jahre haben zu einer allgemeinen und tiefgreifenden Verunsicherung über Erziehung beigetragen, die bis heute nicht überwunden ist.

Die Auseinandersetzung mit überkommenen Erziehungsmustern war einseitig destruktiv. Sie hat zu keinem neuen und reflektierten Konsens über Werte, Einstellungen und Haltungen geführt, die es erzieherisch zu vermitteln gilt. Wer einen für das Bildungswesen wirksamen Konsens darüber einklagte, stand bis vor kurzem noch im Verdacht des Rückwärtsgewandten oder gar Reaktionären. So war der Versuch substantieller Verständigungen über den Erziehungsauftrag der Schule jahrelang zum Scheitern verurteilt. Wie schwer eine Verständigung fällt, ist an der Diskussion über die Wiedereinführung der sogenannten Kopfnoten zu sehen.

Mangels substantieller Verständigungen wurden Wertfreiheit und Neutralität zum obersten Prinzip öffentlicher Erziehung. Erziehung kann aber nicht wertfrei und neutral sein. Sie kann nicht darauf verzichten, systematisch und gezielt auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Einfluß nehmen zu wollen. Sie kann auch nicht auf die zugehörigen Anerkennungs- und Sanktionsmechanismen verzichten, wenn sie nicht aufhören will, überhaupt Erziehung zu sein.

Die fatale Folge der Neutralität und Wertfreiheit war, daß Erziehung aus dem öffentlichen Raum immer mehr verschwand, während gleichzeitig immer mehr über sie geredet wurde. Erziehung wurde in den Bereich des Privaten abgeschoben. Dort wurden Eltern als Privatpersonen mit ihr ebenso alleingelassen wie Lehrerinnen und Lehrer als Privatpersonen. Mit ihr alleingelassen zu sein, bedeutet aber, mit ihr überlastet und überfordert zu sein.

Die faktische Verabschiedung von Erziehung als öffentlicher Angelegenheit von eminenter Bedeutung konnte und kann nicht gut gehen. In einer Zeit der fortschreitenden Individualisierung, eines unreflektierten Wohlstandswachstums, des Verschwindens traditioneller Familienstrukturen, der Zunahme prekärer Familienverhältnisse, der Auflösung von Milieus und Lebenszusammenhängen, die den einzelnen entlasten und ihm Orientierung geben, erweist sich das Verschwinden von Erziehung aus dem öffentlichen Raum als Verantwortungslosigkeit.

Angesichts zunehmend offensichtlicher Erziehungsdefizite tritt diese Verantwortungslosigkeit heute ins allgemeine Bewußtsein. Es ist deshalb offen nicht nur von einem Bildungsnotstand die Rede, sondern auch von einem Erziehungsnotstand. Diesen Notstand sucht man zu mildern, indem man eine Vielzahl von Beratungsmöglichkeiten schafft, um Kindern, Jugendlichen und Eltern Nothilfe zu bieten: Erziehungsberatung, Sektenberatung, Drogenberatung, Ernährungsberatung, Aidsberatung, Freizeitberatung, Medienberatung, Jugendkriminalitätsberatung, Beratung für überschuldete jugendliche Handybenutzer, Beratung für Internetabhängige, und so weiter.

Dasselbe Themenspektrum der Nothilfe hat mittlerweile auch Einzug in die Schulen gehalten. In Kursen, Projekten und Gesprächen sollen alle möglichen Übelstände, Fehlentwicklungen oder Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen gelindert, korrigiert und therapiert werden. Die Schule wird zum pädagogischen Reparaturbetrieb. Auf diese Weise rächt sich heute die Verdrängung der Erziehung aus dem öffentlichen Raum. Nachdem man die erzieherische Aufgabe der Schule immer mehr an Kontur hat verlieren lassen, bis sie unkenntlich neutral und wertfrei wurde, mutet man der Schule nun zu, sich erzieherisch mit Fehlentwicklungen zu befassen, die mindest zu einem gewichtigen Teil durch verweigerte oder falsche Erziehung mitbedingt sind. Im Interesse von Kindern und Jugendlichen ist diese Zumutung unvermeidbar. Bildungspolitisch ist sie die Folge eines Skandals: der unverantwortlichen Herausdrängung von Erziehung aus dem öffentlichen Raum.

Der Erziehungsauftrag der Schule ist kein Reparaturauftrag. Es ist der Auftrag, durch gezielte und systematische Vermittlung von Werten, Einstellungen und Haltungen an der Bildung oder Formung von mündigen Persönlichkeiten mitzuwirken. Sie müssen fähig werden, ihr Leben selbst zu gestalten, sich in einer zunehmend komplizierten und individualisierten Welt zu orientieren und zu behaupten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Angesichts einer im wesentlichen gleichbleibenden *conditio humana* spricht alles dafür, daß zu den dafür nötigen Einstellungen und Haltungen auch in Zukunft so „altertümliche“ gehören wie Selbstbeherrschung und realistische Selbsteinschätzung, Fleiß, Disziplin, Geduld, Belastbarkeit und auch die Fähigkeit, mit Enttäuschungen, Versagungen und Frustrationen umzugehen.

Es ist höchste Zeit, daß Erziehung in den öffentlichen Raum zurückkehrt. Unsere Schulen müssen wirksam und selbstbewußt ihre erzieherische Aufgabe wahrnehmen. Dafür brauchen sie öffentliche Unterstützung und das Vertrauen der Öffentlichkeit.

- Wir brauchen einen für die Schule wirksamen Konsens über Erziehung und Werte. Er darf sich nicht in der Einigkeit darüber erschöpfen, daß Erziehung nötig ist. Er muß Erziehungsziele ebenso umfassen wie Mittel, sie zu erreichen.
- Eine moderne Bildungspolitik, die auch den erzieherischen Auftrag der Schulen wirksam stärken will, muß ganzheitlich angelegt sein. Kinder sind morgens, vormittags, nachmittags, abends und nachts dieselben. Familien, Schulen, die zuständigen Verwaltungseinrichtungen, die verschiedenen Träger der Jugendhilfe, der Jugendarbeit, der Familien- und Sozialdienste arbeiten aber mehr oder weniger unabhängig voneinander und unkoordiniert nebeneinander. Eine moderne Politik für Kinder und Jugendliche, die der Erziehung einen hohen Stellenwert einräumt, muß die bisher fragmentierten Zuständigkeiten für Kinder und Ju-

gendliche vernetzen und bündeln.

- Verwaltungstechnisch sollen die Schulverwaltungen und die Jugendämter in den Kommunen zu einem Fachbereich „Schule und Jugend“ zusammengefasst werden. Auf politischer Ebene muß eine entsprechende Kooperation, möglichst Zusammenlegung der Ausschüsse erfolgen. Ihnen müssen beratende Mitglieder aus allen Schulformen sowie Vertreter der Eltern, der Kirchen, der Polizei, des Arbeitsamtes und der örtlichen bzw. regionalen Wirtschaft angehören. Auf Landesebene muß dieser Bündelung die Zusammenlegung der für die Schulen und der für Jugend und Familie zuständigen Ministerien entsprechen.
- In den Kommunen sollen Familienzentren eingerichtet werden. Sie sind zentrale Orte der Begegnung, Betreuung und Beratung. In ihnen muß der Wille zu einer gemeinsamen öffentlichen und privaten Verantwortung für das Wohl und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck kommen. Sie sind erster und kompetenter Ansprechpartner vor Ort in allen Bildungs-, Erziehungs- und Familienfragen. Die Familienzentren müssen mit den Schulen und den verschiedenen Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe, der Jugendarbeit, der Familien- und Sozialdienste ständig zusammenarbeiten.

IV. Eine Vision der Schule in der Wissensgesellschaft

- Die Schule der Zukunft ist ein Schlüsselzentrum der Wissensgesellschaft. Schulische Bildung und schulische Erziehung genießen als öffentliche Güter ein außerordentliches Vertrauen und eine außerordentliche Wertschätzung. Der Beruf des Lehrers genießt hohes Ansehen.
- Die Schule ist eine stabile Institution, über deren Ziele und deren Wert ein hohes Maß an parteipolitischer und bürgerschaftlicher Einigkeit besteht. Die Wertschätzung der Schule als eines Schlüsselzentrums der Wissensgesellschaft kommt in einer angemessenen personellen und finanziellen Ausstattung zum Ausdruck. Es besteht Konsens darüber, daß die Sicherstellung ausreichender Mittel für die Schule finanzpolitisch obersten Rang hat.
- Die Schule der Zukunft ist eingebunden in ein Gesamtsystem des lebenslangen Lernens. Sie leistet in diesem System die in vielen Hinsichten entscheidende Vermittlung der Grund- oder Allgemeinbildung, auf deren Basis der einzelne in der Lage ist, in der anschließenden Berufsbildung, im anschließenden Studium oder in der späteren Weiterbildung jede noch so innovative oder expansive Wissensentwicklung bewältigen zu können. Da die Schule der Zukunft eingebettet ist in ein Gesamtsystem des lebenslangen Lernens, werden die Zeiten der Erstausbildung kürzer sein als heute.
- Die Schule der Zukunft nimmt ihren Erziehungsauftrag selbstbewußt wahr. Sie stützt sich dabei auf einen bürgerschaftlichen Konsens über die Werte, Einstellungen und Haltungen, die zur Bildung mündiger Persönlichkeiten gehören. Die Schule folgt ihrem Erziehungsauftrag in enger Zusammenarbeit mit den Eltern und den lokalen und regionalen Einrichtungen der Jugend- und Familienberatung. Sie trägt auf diese Weise ihren Teil dazu bei, daß keinem Jugendlichen die Chancen auf ein selbstverantwortetes und erfülltes Leben versagt bleiben.
- Die Schule der Zukunft ist in einem klar gegliederten Schulwesen organisiert. Die Schularten tragen unterschiedlichen Begabungen Rechnung. Das gilt für

praktisch Begabte und Hochbegabte ebenso wie für theoretisch Begabte und Hochbegabte. Die Schularten unterscheiden sich hinsichtlich des Lernumfangs, des Lerntempos und des Grades der Abstraktion. Das gilt insbesondere auch für praktische Begabungen. Das gegliederte Schulwesen unterstellt keine Gleichheit der Begabung am Anfang der Schullaufbahn und erstrebt keine Gleichheit der Bildung an ihrem Ende. Es gewährleistet, daß jeder seine je individuellen Begabungen bestmöglich entfalten kann. Es verhindert, daß jemand nicht lernen darf, was er lernen kann. Es verhindert ebenso, daß jemand permanent überfordert wird, weil er nicht lernen kann, was er lernen soll. Das Schulwesen der Zukunft kennt keine Restschule, in der diejenigen versammelt sind, die einer falschen Verkürzung des Begabungsbegriffs auf den Begriff der theoretisch-wissenschaftlichen Begabung zum Opfer gefallen sind. Es fördert praktische und theoretische Begabungen in gleicher Intensität.

- Die Schule der Zukunft ist selbstständig. Sie wird Sachmittel selbst verwalten und Lehrpersonal selbst einstellen können. Staatliche Rahmenvereinbarungen und Leistungsvorgaben setzen verbindliche Qualitätsstandards. Die Wege, auf denen die Schulen diese Standards erreichen, gestalten sie in eigener Verantwortung. Zentrale Prüfungen tragen zur Sicherung und zur Vergleichbarkeit der Unterrichtsqualität und des Unterrichtserfolgs bei. Die Qualität der einzelnen Schulen sowohl hinsichtlich der fachlichen wie auch hinsichtlich der erzieherischen Standards sichert die Schulaufsicht.
- Die weitreichende Freiheit der Schulen führt zur Ausbildung besonderer Profile und Schwerpunkte und dadurch zu einer großen Vielfalt im Schulwesen. Sie führt ebenso zum Leistungswettbewerb von Schulen.
- Es gibt in Zukunft ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen. Die Ganztagschule erlaubt Eltern eine gute Vereinbarung von Familie und Beruf. Sie erlaubt den Schulen eine flexible Gestaltung des Unterrichts mit einem wesentlichen größeren Anteil gezielter individueller Betreuung und Förderung. Billigbetreuung und Billigverwahrung von Kindern und Jugendlichen gibt es nicht.

Dr. Jürgen Rüttgers
Bernhard Recker
Dr. Heinz-Jörg Eckhold
Marie-Theres Kastner
Herbert Reul
Michael-Ezzo Solf
Ursula Doppmeier
Klaus Kaiser
Marie-Theres Ley
Hans-Martin Schlebusch

und Fraktion